

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 12.01.2021
Antragsnr.: 004/2021
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: II/20
mit Referat:

erlanger linke
Stadtratsgruppe für soziale Politik

Erlangen, den 13.01.2021

**Antrag zum Stadtrat am 14.01.2021 TOP15 :
Personal für den Vollzug der Zweckentfremdungsverbotssatzung**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Mit Bezug zum Thema Personal für die Zweckentfremdungsverbotssatzung stellen wir folgenden Antrag:

1. Es werden zwei volle Stellen im Innendienst und eine volle Stelle im Außendienst geschaffen.

Die beantragte Ausstattung mit 1,5 Stellen ist angesichts der im Stellenplanantrag genannten Arbeitslast unzureichend.

2. (Hilfsweise zu 1) Es werden zumindest die ursprünglich von der Verwaltung geforderten Stellen geschaffen

Allein schon die beantragte Ausstattung mit 1,5 Stellen ist angesichts der im Stellenplanantrag genannten Arbeitslast unzureichend. Dass selbst diese Minimalausstattung noch einmal gekürzt wird, lässt den Eindruck entstehen, dass seitens der Stadtverwaltung gar kein Interesse am Vollzug der Zweckentfremdungsverbotssatzung besteht.

3. Der Vermerk „kann wegfallen“ (kw) wird gestrichen

Zwar freuen wir uns über das ambitionierte Ziel der Stadtverwaltung, das Problem der Wohnraumzweckentfremdung bis 2023 aus der Welt zu schaffen, haben jedoch Zweifel daran, dass dies bei diesem geringen Personaleinsatz gelingen kann. Für etwaige Bewerber*innen verlieren die Stellen durch diese Befristung enorm an Attraktivität. Wir sind daher der Meinung, dass dieser kw-Vermerk nicht angebracht ist.

Wir bitten um separate Abstimmung der einzelnen Punkte.

Deckungsvorschlag: Erhöhung der Kreditaufnahme

Mit freundlichen Grüßen

Fabiana Girstenbrei
(Stadträtin)

Johannes Pöhlmann
(Stadtrat)